

**Interfraktionelle Motion FDP, SVP, BDP/CVP (Christoph Zimmerli, FDP/Rudolf Friedli, SVP/Philip Kohli, BDP/Claudio Fischer, CVP): Unterhaltsnachholbedarf bei den städtischen Infrastrukturen: Zunahme der Verschuldung verhindern, vermehrt Public-Private-Partnership-Modelle nutzen**

Der Gemeinderat hat bereits in seinem Jahresbericht 2014 unmissverständlich festgehalten, dass bei den städtischen Infrastrukturen grosser Investitionsstau und massiver Unterhaltsnachholbedarf besteht. Ohne rasch und entschlossen ergriffene Massnahmen wird sich der schleichende Wertzerfall, welcher bereits heute stattfindet, unweigerlich fortsetzen. Der Gemeinderat hat deshalb zwar für die Jahre 2015 und 2016 etwas höhere Nettoinvestitionsbeträge (CHF 122.3 bzw. 107.8 Mio.) in die Finanzplanung aufgenommen. Diese Beträge reichen aber offensichtlich bei weitem nicht aus, um die Versäumnisse der letzten Jahre zu kompensieren, denn für die Jahre 2014-2025 hat der Gemeinderat den zusätzlichen Finanzierungsbedarf auf rund CHF 500 Mio. geschätzt. Da diese Kosten mit Abschreibungen nicht vollständig selbstfinanziert werden können, ist eine weitere Zunahme der ohnehin bereits zu hohen Verschuldung programmiert. Der Gemeinderat selber hat im IAFP 2016-2019 denn auch festgehalten, dass die erwarteten Defizite, bzw. grosser Nachholbedarf bei den Investitionen in den vernachlässigten Unterhalt, die Schulden in diesen Planjahren um je CHF 50 Millionen erhöhen werden.

Eine derartige Entwicklung hinzunehmen, wäre finanzpolitisch geradezu verantwortungslos, denn bekanntlich sind „die Schulden von heute die Steuern von morgen“. Die bisherige und die erwartete Entwicklung der Verschuldung sind somit nicht nur äusserst besorgniserregend, sondern geradezu alarmierend! Sie muss mit griffigen Instrumenten und Massnahmen unbedingt und rasch gestoppt werden. Neue Denkansätze und Lösungsmodelle sind somit dringend nötig und unumgänglich.

Dabei ist zu beachten, dass bei der baulichen Erneuerung der vernachlässigten Infrastrukturen auch dem hindernisfreien Zugang Beachtung zu schenken ist. Damit wird einerseits eine verpflichtende Vorgabe des Behindertengleichstellungsgesetzes umgesetzt und vielen Menschen mit einer Behinderung das alltägliche Leben erleichtert. Andererseits nimmt der Wert durchdacht erneuerter städtischer Liegenschaften zu. Diese befinden sich vielfach an attraktiven Lagen, welche auch für private Investoren interessant sind.

Eingehend zu prüfen bzw. umzusetzen sind deshalb insbesondere die Möglichkeiten, die sich aus Public-Private-Partnership (PPP)-Modellen ergeben können. Diese werden heute vermehrt auch von institutionellen Anlegern (namentlich auch Pensionskassen) genutzt. Auf diese Weise hat vor kurzem z.B. der Kanton Bern das neue Verwaltungszentrum Neumatt in Burgdorf realisiert.

Der Gemeinderat wird deshalb verpflichtet, in einem Bericht an den Stadtrat aufzeigen,

1. welche grundsätzlichen Möglichkeiten sich aus PPP-Modellen für die Finanzierung von Investitionen in öffentliche Infrastrukturen ergeben,
2. wie die Stadt Bern diese Möglichkeiten zur Bewältigung der erwähnten Probleme nutzen kann,
3. welche Anpassungen der rechtlichen Grundlagen hierfür erforderlich sind,
4. welche konkreten Investitionsvorhaben der Stadt Bern sich für eine Realisierung im Rahmen von PPP-Projekten eignen,
5. unter welchen Bedingungen künftige Investitionen in die städtische Infrastruktur durch die städtische Personalvorsorgekasse (PVK) mitfinanziert werden könnten.

*Begründung der Dringlichkeit*

Der offensichtlich hohe Investitionsbedarf der städtischen Infrastrukturen und die deshalb erwartete Zunahme der städtischen Verschuldung erfordert die unverzügliche Entwicklung neuer Handlungsstrategien. Weil hierfür mit einem erheblichen Zeitbedarf zu rechnen ist, müssen die politischen

Grundsatzentscheide zur Auslösung der entsprechenden Arbeiten möglichst rasch getroffen werden.

Bern, 15. Oktober 2015

*Erstunterzeichnende: Christoph Zimmerli, Rudolf Friedli, Philip Kohli, Claudio Fischer*

*Mitunterzeichnende: Manfred Blaser, Kurt Rüeeggsegger, Roger Mischler, Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher, Barbara Freiburghaus, Jacqueline Gafner Wasem, Alexandra Thalhammer, Mario Imhof, Bernhard Eicher, Kurt Hirsbrunner, Andrin Soppelsa, Michael Daphinoff, Lionel Gaudy*